

Die Kritik an Rechenzentren hat eine praktische Lösung

geschrieben von Andreas Demmig | 28. August 2026

WUWT, Gastautor, von Howard Franklin

Im Südwesten von Memphis leben die Bewohner eines traditionell von Afroamerikanern bewohnten Viertels nun im Schatten eines der größten jemals gebauten Computer. Elon Musks xAI hat dort einen weitläufigen Supercomputing-Campus errichtet – dessen Herzstück die Rechenzentren „Colossus“ und „Colossus II“ bilden – und die Reaktion der Gemeinde ist alles andere als dankbar. Menschen, die seit Generationen für saubere Luft und bezahlbare Rechnungen kämpfen, erkennen ein bekanntes Muster: Ein industrieller Gigant wird mitten in ihrer Nachbarschaft errichtet, und die Umwelt- und Energiekosten des Projekts werden letztendlich von ihrer Gemeinde getragen.

Diese Szene wäre vor wenigen Jahren undenkbar gewesen, als Rechenzentren noch ein politischer Erfolg waren. Unscheinbare Infrastrukturprojekte, die Arbeitsplätze, ein Wachstum der Steuerbasis und den Anschein technologischen Fortschritts versprachen, entstanden still und leise am Stadtrand, erregten kaum öffentliches Aufsehen und lieferten gewählten Vertretern beider Parteien einen leicht vorzuweisenden wirtschaftlichen Entwicklungserfolg.

Diese Ära ist vorbei.

Das explosionsartige Wachstum künstlicher Intelligenz hat Rechenzentren von einer unsichtbaren Infrastruktur zu einem der brisantesten politischen Themen gemacht. Die heutigen Anlagen sind riesige Industrieanlagen, die so viel Strom verbrauchen können wie eine Kleinstadt. Sie konzentrieren sich vor allem im Süden der USA und im Sun Belt – Virginia, Texas, Georgia –, wo reichlich Land vorhanden ist, die Regulierung weniger streng und der Strombedarf rasant steigt. Der neue Bericht meines Unternehmens, „Accelerating South“ – die erste politische Risikoanalyse der neun südlichen Bundesstaaten der USA – kartiert diesen Ausbau detailliert. Die Wähler sind alarmiert, und das oft aus gutem Grund. Steigende Stromrechnungen, neue Stromleitungen, die mitten durch Wohngebiete verlaufen, wachsende Sorgen um den Wasserverbrauch und ein zunehmendes Misstrauen gegenüber KI beschäftigen sie alle.

Die Tatsache, dass sich dieses Thema nicht klar entlang parteipolitischer Linien aufteilen lässt, macht es so brisant. Dennoch hat keine der beiden Parteien bisher einen Weg gefunden, über Rechenzentren so zu sprechen, dass er der wachsenden Besorgnis der Wähler gerecht wird. Die politische Deutungshoheit ist nach wie vor

völlig offen.

Diejenigen, die diese Herausforderung erfolgreich meistern, werden diejenigen sein, die aufhören, leere Versprechungen wie „Bürgerbeteiligung“ oder „faire Vereinbarungen“ einzunehmen, und stattdessen konkrete Mechanismen benennen. Hier sind vier Regeln, die Staaten, die dauerhafte Regelungen schaffen, von solchen unterscheiden, die mit negativen Schlagzeilen und frustrierten Bürgern enden.

Eigene Tarifklassen für Rechenzentren sind unerlässlich. Diese Frage entscheidet über alles Weitere, und deshalb widmete das Parlament von Virginia eine ganze Sitzung zwei wenig glamourösen Gesetzesentwürfen zur Tarifgestaltung. Eine eigene Tarifklasse – mit Mindestgebühren und Abnahmeverpflichtung – bedeutet, dass das Unternehmen, das die Kapazität bestellt hat, dafür zahlt, unabhängig davon, ob es sie letztendlich nutzt. Ohne eine solche Klasse tragen die Haushalte die Kosten der Hyperscaler: Eine eigene Tarifklasse stellt sicher, dass besonders große Nutzer die Kosten für Erzeugung, Übertragung und benötigte Kapazität selbst tragen und nicht auf die Privatkunden abgewälzt werden. Ein Politiker, der sich nicht für eine „eigene Tarifklasse“ aussprechen kann, hat noch keine klare Position zu Rechenzentren; er hat lediglich eine Pressemitteilung.

Berechnen Sie den Preis für den Ausstieg, nicht nur für den Einstieg. Jede Verhandlung über Fördergelder konzentriert sich obsessiv auf die Eröffnung. Die schwierigere Frage, die niemand laut ausspricht, lautet: Wem gehört der Überschuss, wenn die Nachfrage nach KI-Technologien nach dem Bau der Anlagen hinter den Erwartungen zurückbleibt? North Carolina musste diese Lektion auf die harte Tour lernen, als die von VinFast versprochenen 7.500 Arbeitsplätze auf etwa 1.400 schrumpften – und der Staat feststellte, dass er Rückforderungsrechte besaß, die er nie für nötig gehalten hatte.

Nutzen Sie jetzt die Version für Rechenzentren: Kapazitätszusagen, die auch bei Stornierung Bestand haben, Rückforderungsrechte, die automatisch greifen, und kein Risiko durch ungenutzte Anlagen für die Stromkunden, die nie dafür gestimmt haben.

Tausche Geschwindigkeit gegen Standards, nicht gegen Subventionen. Hier liegt die Verhandlungsmacht, deren Potenzial den meisten Verantwortlichen nicht bewusst ist: Hyperscaler maximieren nicht Steuererleichterungen, sondern minimieren die Zeit bis zur Stromerzeugung. Eine Gebietskörperschaft, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums ein genehmigtes, vorab ausgewiesenes und netzfertiges Gelände bereitstellen kann, verkauft das knappste Gut der KI-Wirtschaft und kann diese Sicherheit durch hohe Standards – Wasserrecycling, Lärmschutz, lokale Beschäftigung, Vereinbarungen zum Gemeinwohl, die wie Beschaffungsleistungen und nicht wie Spenden bepreist werden – honorieren, anstatt dieses Privileg mit ihren Steuereinnahmen zu

finanzieren.

Schluss mit der Geheimhaltung! Die Details dieser Verträge zur Strom- und Wasserversorgung werden üblicherweise bis nach der Abstimmung durch Geheimhaltungsvereinbarungen verschleiert. Das muss sich ändern: Offenlegung vor der Abstimmung als Bedingung für die Förderung. Gemeinden erfahren erst von Projekten, nachdem die wichtigsten Entscheidungen getroffen wurden – genau diese Praxis schürt die Kritik – und ist heutzutage auch politisch unklug. Ein Vertrag, der nicht einmal im öffentlichen Raum Bestand hat, wird auch bei einer Wahl scheitern.

Rechenzentren sind unverzichtbar. Sie bilden das Rückgrat der zukünftigen Wirtschaft, und der Süden der USA ist prädestiniert für den Aufbau eines riesigen Netzwerks dieser Zentren. Doch Politiker, die diese Unvermeidlichkeit als Freifahrtschein für geheime Absprachen missbrauchen, werden bald erfahren, was die staatliche Regulierungsbehörde für öffentliche Dienstleistungen in Georgia bereits festgestellt hat: Die Wähler werden genau beobachten, wer die Energieversorgung finanziert hat, und an der Wahlurne dafür geradestehen.

Das Problem war nie das Rechenzentrum selbst. Es war der Marktführer, der nach dem einfachen Sieg griff und dabei vergaß, wessen Einflussbereich er letztendlich beeinträchtigte.

Howard Franklin ist Gründer und CEO von Ohio River South, einem Unternehmen für Regierungsangelegenheiten und politisches Risikomanagement mit Kunden im gesamten Süden der USA, und Autor von „Accelerating South: Risks, Rewards & The Road Ahead“.

Dieser Artikel wurde ursprünglich von RealClearEnergy veröffentlicht und über RealClearWire zur Verfügung gestellt.

<https://wattsupwiththat.com/2026/08/20/the-data-center-backlash-has-a-practical-fix/>